

# PRESSEMITTEILUNG



**DPoIG**  
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

An Presseverteiler

Herausgeber:  
DPoIG Nordrhein-Westfalen

Graf-Adolf-Platz 6  
40213 Düsseldorf

Telefon (0211) 93368667  
Telefax (0211) 93368679

[info@dpolg-nrw.de](mailto:info@dpolg-nrw.de)  
[www.dpolg-nrw.de](http://www.dpolg-nrw.de)

## **DPoIG NRW zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2023 Nordrhein-Westfalen**

**„Teils sehr gut, teils besorgniserregend mit grundsätzlichem *Optimierungsbedarf*“**

Dazu der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus:

„Positiv erstmal die beste Aufklärungsquote seit 1962. Das ist ein Erfolg der Kolleginnen und Kollegen!

Weiterhin besorgniserregend ist der erneute Anstieg im Bereich Widerstand und Angriffe gegen die Staatsgewalt um 3,3%, im Zehnjahresvergleich eine Zunahme von 56,3% - das ist zu viel. Hier muss weiterhin gegengesteuert werden.

Generell zu hoch sind die Zahlen der Gewaltkriminalität.

Bereits vor zwei Wochen hat Innenminister Herbert Reul Daten der um über 10,4% gestiegenen Zahlen nichtdeutscher Tatverdächtiger veröffentlicht. Fazit: Nichtdeutsche Tatverdächtige sind deutlich überrepräsentiert. Besorgniserregend die Anzahl nichtdeutscher Tatverdächtiger bei Straftaten gegen das Leben, Leib und Gesundheit - also bei den Gewaltdelikten.

Das jedes Jahr neu festzustellen und dann wieder nach markigen Worten bis zur nächsten PKS-Vorstellung liegen zu lassen, funktioniert nicht mehr und ist wenig zielführend. Wir müssen wissen, wer und welche Gruppen Straftaten vermehrt begehen, um reagieren zu können.

Die hohen Zahlen im Bereich Diebstahl mit „reisenden Täterbanden“ zu begründen, reicht allein nicht aus. Viele Menschen haben anscheinend ein Problem mit dem Eigentum anderer, da gilt es gegenzusteuern - wir sehen hier Optimierungsbedarf! Wir benötigen klare Zahlen und Fakten, die die PKS derzeit nicht hergibt.

Wichtig, um auch entsprechend reagieren zu können, ist die Erfassung von Tatverdächtigen mit doppelter Staatsangehörigkeit, diese fallen bisher komplett durch das Raster -werden als deutsche Staatsbürger in der PKS geführt- und das bei an die drei Millionen Menschen (wahrscheinlich ist die Zahl tatsächlich höher) mit zwei Staatsangehörigkeiten bundesweit in Deutschland. Wir könnten dann unterscheiden zwischen Zuwanderung ja oder nein. Statt immer nur über Integration zu reden, müssen wir in der Lage sein, mit Zahlen und Fakten angepasste Maßnahmen zu ergreifen. Da nutzt es wenig, wenn die Bundesregierung bei der Reformierung des Staatsbürgerschaftsrechts den Zugang zum Doppelpass erleichtert. Das hat absolut nichts mit Diskriminierung zu tun, alle anderen in der PKS erfassten Gruppen würden sonst ja auch diskriminiert werden, was mitnichten der Fall ist. Mut zu einer Reform der PKS wäre wünschenswert.“